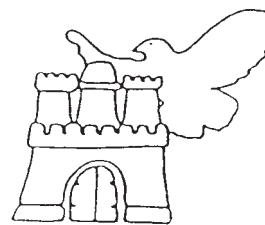


Hamburger Forum

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.



Drei Jahre nach dem Beginn der NATO-Aggression gegen Jugoslawien:

NATO-Opfer nicht vergessen

Am 24. März 1999 begann die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, die 78 Tage und Nächte andauerte. In diesem Zeitraum warf die NATO rund 25 000 Tonnen an Bomben und Raketen (Cruise Missiles) auf dieses Land, darunter 50 000 Geschosse, die etwa 20 Tonnen abgereichertes Uran enthielten, und 125 Behälter mit über 35 000 Streubomben*. Tausende Menschen wurden schwer verletzt, und für den Rest ihres Lebens zu Krüppeln gemacht oder getötet, und es wurde unsägliches Leid verursacht.

Diese Aggression der NATO war von vornherein ein planmäßig gegen die jugoslawische Zivilbevölkerung geführter Krieg, was durch die systematische Zerstörung der zivilen Infrastruktur, von Brücken über Versorgungseinrichtungen (Kraftwerke, Krankenhäuser, etc.) bis zu Fabriken, Chemieanlagen und Ölraffinerien belegt ist, mit katastrophalen ökologischen Folgen und ökonomischen Schäden in der Größenordnung von rund 100 Milliarden US-Dollar. Wie seinerzeit der NATO-Sprecher J. Shea zynisch verkündete, sollte dieses Land „in die Steinzeit zurückgebombt werden“.

Streubomben oder „Cluster-Bombs“ sind Kassetten, die mit Sprengkörpern gefüllt sind, die wiederum scharfkantige Metallsplinter enthalten, die zu gefährlichen Verletzungen führen. Während die Kassetten nach dem Aufprall ihre Ladung über ein weites Gelände verstreuen, verseuchen die



nicht detonierten Einzelgeschosse (im Durchschnitt zwischen 5 und 15%) die Umgebung langfristig. Anders als bei Landminenfeldern, deren Lage häufig bekannt ist, liegen die Bombletten der Streubomben an unbekanntem Orten in der Landschaft, in Ortschaften, auf Wegen, usw. Viele Personen im Kosovo sind Opfer detonierter Bombletten geworden, viele weitere werden folgen. Streubomben gelten als Antipersonenmunition. Sie sind von den Vereinten Nationen geächtet und ihr Einsatz gilt als Kriegsverbrechen.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist der 24. März 1999 ein Wendepunkt in der Geschichte, da sie erstmalig nach dem 2. Weltkrieg erneut an einem Angriffskrieg beteiligt war

und alle Einschränkungen durch das Völkerrecht sowie das Grundgesetz mit Füßen trat.

Auch für die NATO war dieser Krieg ein Wendepunkt, indem sie erstmals außerhalb ihres Bündnisbereichs operierte. Nicht zufällig fand gerade während der Aggression gegen Jugoslawien, am 5. April 1999, ein Gipfeltreffen der NATO in Washington statt, auf dem eine Veränderung des NATO-Statuts beschlossen wurde, das die formalen Voraussetzungen für zukünftige weltweite Militäreinsätze schuf. Wenn heute Bundeswehreinheiten und die Truppen anderer NATO-Staaten in vielen Regionen, vom Balkan bis zum Persischen Golf, vom Horn von Afrika bis zum Hindukusch ihr blutiges Handwerk verrichten, so bildete der Jugoslawienkrieg den entscheidenden Einstieg in diese bedrohliche Entwicklung zum globalen Krieg der NATO gegen die Völker der Welt.

Heute, 3 Jahre nach der Aggression gegen Jugoslawien, sind die Verbrechen gegen die Bevölkerung immer noch ungesühnt, die Opfer nicht entschädigt, die Täter nicht bestraft! Im Gegenteil: Die verantwortlichen NATO-Politiker, wie Schröder, Fischer und Scharping hier in Deutschland oder Blair in England, befinden sich immer noch in ihren Ämtern, aus denen heraus sie ihre Verbrechen begangen haben, und auch die anderen Täter, wie Clinton, Albright, Solana, Clark, usw., können sich nach wie vor unbehelligt ihrer blutigen Taten rühmen.

Stattdessen wird gegenwärtig in Den Haag ein Schauprozess gegen den ehemaligen Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milosevic, inszeniert, mit dem Ziel, die Verbrechen der NATO nachträglich zu legitimieren, und die Verantwortung für die schrecklichen Geschehnisse auf dem Balkan während der 90er Jahre einseitig den Serben und ihrem gewählten Präsidenten anzulasten und so die Geschichte erneut zugunsten Deutschlands, den USA und anderer europäischer Großmächte umzuschreiben, ohne deren Einmischung die Tragödie auf dem Balkan nicht hätte stattfinden können.

Diese Einmischung wurde in den NATO-Staaten durch eine groß angelegte Hetz- und Lügenpropaganda in den Massenmedien begleitet, die die Serben und ihre politische Führung dämonisierte, mit dem Ziel, die Öffentlichkeit auf den Krieg gegen Jugoslawien einzustimmen. Viele der damaligen Behauptungen sind längst als plumpe Lügen oder geheimdienstliche Fälschungen zerplatzt, wie der sogenannte „Hufeisenplan“, mit dem Bundesminister Scharping seinerzeit die Öffentlichkeit belog, ganz zu schweigen vom Geschrei über ein „neues Auschwitz“, wie Außenminister Fischer es anstimmte, um damit die Umwandlung der Grü-

nen von einer pazifistischen in eine Kriegspartei zu kaschieren.

Während vor dem vorwiegend von NATO-Staaten finanzierten Tribunal in Den Haag die Schuldigen von vornherein feststehen und auch alle Klagen und Anträge, die sich gegen die NATO-Staaten richten, zurückgewiesen wurden, gibt es mittlerweile eine Initiative, die versucht, auf zivilrechtlichem Wege in einem besonders eklatanten Fall die NATO zur Rechenschaft zu ziehen.

Mit dem Aufruf „NATO-Kriegsopfer klagen auf Schadenersatz“ wird hier mit einer breiten Unterstützung einer demokratischen Öffentlichkeit die erste europäische Schadenersatzklage wegen der NATO-Kriegsverbrechen in Jugoslawien eingeleitet. Die Klage richtet sich gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wegen der Tötung und Verletzung von Zivilpersonen in der serbischen Kleinstadt Varvarin, mit dem Ziel, den Opfern die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen zu ermöglichen.

Klage wird erhoben wegen des Angriffs auf eine Brücke in Varvarin am 30. Mai 1999, bei dem insgesamt 10 Menschen getötet und über 30 weitere Personen verletzt wurden, 17 davon so schwer, dass sie dauerhafte Schäden erlitten. Der Angriff erfolgte an einem Sonntag um die Mittagszeit, bei strahlendem Sonnenschein, während sich eine Menschenmenge von ca. 3000 - 3500 Menschen anlässlich eines Festes auf dem Kirchengelände in unmittelbarer Nähe der Brücke befanden.

In einem Bericht dazu heißt es: „Plötzlich erscheinen zwei NATO-Kampfflugzeuge in einer Höhe von 100 bis 300 m und feuern ohne jede Vorwarnung zwei Raketen auf die Brücke, auf der sich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls Menschen befinden. Die Brücke wird vollständig zerstört. Es gibt mehrere Tote und Verletzte. Unter den Menschen bricht Panik aus. Viele laufen zur Brücke und versuchen, Erste Hilfe zu leisten. Da tauchen wenige Minuten später, während der Hilfeleistungen, erneut zwei Kampfflugzeuge der NATO auf und feuern ihre Raketen jetzt auf die Hilfe Leistenden ab.“

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Aufstehen für den Frieden! Eine andere Welt ist möglich!



**HAMBURGER
OSTERMARSCH**

Tag * Aktion
Am Tag nachdem im Namen des "Krieges gegen den Terror" ein weiteres Land angegriffen wurde, treten wir uns zu einer
PROTESTKUNDGEBUNG
am Gerhart-Hauptmann-Platz
(Mo.-Sa. 17 Uhr, So. 12 Uhr)

Ostermontag, 1. April 2002
11.30 Uhr Friedensandacht Gnadengemeinde
(Karolinenstr. 3, U2 Messehallen)
12 Uhr Auftakt Ecke Holstenglacis / Holstentor

Diese Episode zeigt exemplarisch, dass der Krieg der NATO gegen Jugoslawien als Terror gegen die Zivilbevölkerung geführt wurde und was davon zu halten ist, wenn NATO-Politiker von „humanitären Kriegseinsätzen“ reden, oder Bundeskanzler Schröder in seiner Kriegserklärung am Abend des 23. März 1999 erklärte: „Wir führen keinen Krieg gegen das serbische Volk.“

KUNDGEBUNG

**am 23. März um 11.00 Uhr in St. Georg
auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz (Lange Reihe)**

Mit dieser Kundgebung wollen wir dazu beitragen,
dass den Opfern dieses Krieges Gerechtigkeit widerfährt,
dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden,
dass die Wahrheit über diesen Krieg und seine Hintergründe nicht unterdrückt werden kann
und unseren Protest und Widerstand gegen die gegenwärtige Kriegspolitik der Bundesregierung
und ihrer NATO-Verbündeten demonstrieren.

Spendenkonto für die Klage der NATO-Opfer von Varvarin:
Vereinigung demokratischer Juristen e.V.;
Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00 - Konto: 33 52 20 14
Verwendungszweck: „Schadenersatz für NATO-Kriegsopfer“